

Hier und Heute  
[08.12.2007]

DG-Regierung weist alle Kritiken an ihrer Haushaltsführung entschieden zurück

## **180-Millionen-Euro-Etat ist unter Dach und Fach**

Von Jürgen Heck

**Mit den Stimmen der Mehrheit von PFF, SP und PJU-PDB gegen die von CSP, Ecolo und Vivant hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (PDG) am Donnerstagabend endgültig grünes Licht für den 180 Millionen Euro schweren Ausgabenhaushalt des kommenden Jahres gegeben.**

Vor der Abstimmung hatten die vier Mitglieder der Gemeinschaftsregierung ausführlich von ihrem Recht auf Stellungnahme Gebrauch gemacht und nahmen sich dabei fast aller im Rahmen der Themendebatten zu den einzelnen Organisationsbereichen am Montag und Dienstag gestellten Fragen an.



Oliver Paasch rechnet vor, wie viel die höhere Bezuschussung von Schulbauten durch die DG den Gemeinden in den letzten fünf Jahren eingebracht hat.

### **Zweifel an Gemeinden**

So wehrte sich Kulturministerin Isabelle Weykmans (PFF) gegen den Vorwurf der Konzeptlosigkeit in der Kulturpolitik unter anderem unter Verweis auf Regierungserklärung und Maßnahmenkatalog sowie auf (fast) zur parlamentarischen Behandlung fertige gesetzgeberische Vorschläge. Ihr gefalle die Rolle des Triangels, ein kleines, aber wichtiges Instrument. Nur wenig Verständnis hatte sie dafür, dass die CSP, die sich immer als Gemeindepartei rühme, den Gemeinden nicht zutraue, die Basisbezuschussung für die Kulturvereine zu übernehmen. Wohl aber hegten die Vereine Zweifel an den Gemeinden, weshalb sie die Gemeinschaft gebeten hätten, die Bezuschussung im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion im Auge zu behalten, wusste Weykmans zu berichten.

### **Interesse von Außen**

Die Zustimmung der beiden großen Gewerkschaften wie die Tatsache, dass größere Regionen inzwischen interessiert daran sind, wie die DG die Altersteilzeit und die Baremenstruktur ihrer Lehrpersonen reformiert hat, sind für Unterrichtsminister Oliver Paasch (PJU-PDB) Grund für besonderen Stolz. Paasch kündigte an, dass zum Beginn des kommenden Schuljahrs Bürgerkunde fachübergreifend eingeführt werde, wobei auch Themen wie nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Menschenrechte berücksichtigt werden.

Mit Zahlen aus seinem Zuständigkeitsbereich verwahrte er sich dagegen, dass die Gemeinden der Kreditgeber der Gemeinschaft seien. Allein die Anhebung des Bezuschussungssatz bei Schulbauten von 60 auf 80 Prozent haben den Kommunen in den zurückliegenden fünf Jahren ein Plus von 5,2 Millionen Euro eingebracht, so der Unterrichtsminister, der auch die Führungsstruktur der Autonomen Hochschule gegen Angriffe von Joseph Meyer (Vivant) verteidigte.

### **»Maßlos übertrieben«**

Zwei Tage nach der Ecolo-»Breitseite« verzichtete Sozialminister Bernd Gentges (PFF), der am Dienstagabend noch entrüstet reagiert hatte, auf eine deftige Riposte. Er beschränkte sich darauf, die Kritik von Lambert Jaegers (Ecolo) als maßlos übertrieben einzuschätzen. Er stand zu, dass die von ihm eingeleitete Reformen auch für Unsicherheit gesorgt haben könnten, doch er habe es als notwendig erachtet einzugreifen. Bei Lobbyarbeit solle man nicht das Augenmaß verlieren, so Gentges, der bestätigte, dass der Jugendhilferat durch ein professionell angelegtes Begleitgremium ersetzt werde, und dass der in der Entstehung befindliche Familienrat die Aufgaben des Seniorenrats übernehmen werde.

Als Milchmädchenrechnung bezeichnete der stellvertretende Ministerpräsident, Patrick Meyers (CSP) Behauptung, nur 60 Prozent der Beschäftigungsgelder würden auch für diesen Zweck eingesetzt. Wenn man korrekterweise das BVA-Personal im Unterrichtswesen und die Kofinanzierung bei ESF-Projekten einkalkuliere, komme man auf mehr als 75 Prozent. Gentges legte auch Zahlen der Uni Namur vor, wonach die DG 3973 Euro pro Arbeitssuchendem und 114 Euro pro Kopf für Ausbildung ausbebe, die Wallonie 2557 Euro bzw. 64 Euro. Es werde also nicht zu wenig für die Beschäftigung getan.

### **Weiß Grosch mehr?**

Obwohl er nicht an der parlamentarischen Haushaltsdebatte teilnahm, wurden CSP-Präsident Mathieu Grosch am Donnerstag (rhetorische) Fragen gestellt. Nachdem Oliver Paasch gehofft hatte, Groschs Aussage (im GE-Interview) bezüglich der Haushaltsstrenge bei Alternativfinanzierungen betreffe nicht die Schulbauten, sondern möglicherweise den Fuhrpark in Kelmis, fragte sich Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP), wie der Europaparlamentarier orakeln könne, dass die DG in Zukunft weniger und nicht mehr Geld zur Verfügung stehen werde. Wenn Grosch über solche Informationen verfüge, dann müsse er sie auch weitergeben...

Lambertz stellte den Zusammenhang zwischen der Autonomie und dem Zustand der Krankenhaus-, Schul- und Sportinfrastruktur her. Umfassend fiel das Plädoyer des Regierungschefs aus, um erneut die Solidität der Finanzen und die Handlungsspielräume für kommende Regierungen zu dokumentieren. »Es macht wieder Freude, Finanzminister der DG zu sein«, so Lambertz, für den die Gemeinschaft alle ihre Finanzziele erreicht und nicht über ihre Verhältnisse lebt.